

aktuell

Schuldenbremse

Ampel für Staats- ausgaben steht auf „gelb“



- **Verantwortungsvolle Budgetsanierung**
- **Sozial gerechte Einnahmen und Ausgaben**
- **Handlungsmöglichkeit bei Krisen**

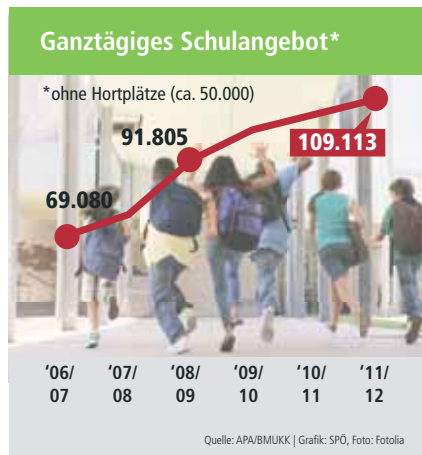
Die Bundesregierung hat mit der raschen Einigung auf eine Schuldenbremse ihre Handlungsfähigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt – und damit neuerlich demonstriert, dass Österreich unter Bundeskanzler Werner Faymann verantwortungsvoll durch wirtschaftlich schwierige Zeiten gelenkt wird. Künftig sollen bis zu zwei Mrd. Euro jährlich eingespart werden. Ab 2017 soll Österreich wieder ausgeglichen bilanzieren. Das wird in einem Verfassungsgesetz verankert – damit sich auch künftige Regierungen an den Sparkurs gebunden fühlen. Wichtig ist, dass die Schuldenbremse im gesamten Euro-Raum umgesetzt wird. Die Staatschefs der Länder der gemeinsamen Währung haben im Oktober beim Euro-Gipfel die Umsetzung von Schuldenbremsen beschlossen – einige Länder wie Deutschland haben sie bereits eingeführt. Für die SPÖ war wichtig, dass die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten bleibt – Konjunkturpakete können daher auch künftig mit einfacher Parlamentsmehrheit beschlossen werden.

Eure Redaktion

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß
Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,
Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,
Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,
Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber
Bildredaktion: Emil Goldberg,
Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: a-Print, Klagenfurt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

SPLITTER



Zahl der Betreuungsplätze steigt

Ganztägige Schulformen sind ein Renner – und sie werden von den Eltern immer stärker nachgefragt. Umso erfreulicher ist es daher, dass die Zahl der schulischen Tagesbetreuungsplätze beständig steigt. Das zeigt auch unsere Grafik der Woche: Allein zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2011/12 gab es einen kräftigen Anstieg – nämlich von 70.000 auf 110.000 Plätze. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung geht auch in den nächsten Jahren weiter – dafür gibt es vom Bund insgesamt 320 Millionen Euro (siehe S. 6).

WERNER FAYMANN AUF FACEBOOK

Dein direkter Kontakt zum Bundeskanzler!

jetzt vernetzen!

facebook.com/bundeskanzlerfaymann



Tag der Toleranz: Miteinander statt Gegeneinander

Der 16. November ist alljährlich ein besonders wichtiger Tag: Denn an diesem Tag, dem „Internationalen Tag der Toleranz“, geht es darum, gegen alle Formen von Diskriminierung aufzustehen. Für SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr ist klar: „Toleranz ist ein wichtiges Fundament für jede Gesellschaft“. Daher muss das Motto lauten „Miteinander statt Gegeneinander“. Denn eine „Politik des Gegeneinanders und des Verbreitens von Vorurteilen löst bekanntlich keine Probleme“, schreibt Bayr vor allem rechten Parteien ins Stammbuch, die auf Ausgrenzung und Ängsteschüren setzen, um den Boden für Hassparolen und Neid aufzubereiten. Für Peter Traschkowitz, Bundes- und Wiener Landesvorsitzender der „Sozialdemokratie & Homosexualität“, steht fest: „Leider zeigt sich immer wieder, dass Intoleranz bei der FPÖ nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Das ist und bleibt inakzeptabel.“

Zitat der Woche

„Da geht es nicht um Parteipolitik, da geht es um Rot-Weiß-Rot.“

Bundeskanzler Werner Faymann appelliert für die Schuldenbremse

FINANZMÄRKTE

Spekulationen auf Staatsschulden deutlich erschwert

Erfolg für das Europaparlament (EP): Es hat erreicht, dass „Wetten“ auf Staatsschulden deutlich erschwert werden – durch strengere Regeln für „Leerverkäufe“ und Kreditausfallsversicherungen (CDS), die die Finanz- und Schuldenkrise verschlimmert haben. Dabei wird auf die Entwicklung von Wertpapieren spekuliert, die der Spekulant gar nicht besitzt. Kreditaus-

fallsversicherungen wiederum sollen den Besitzer vor der Pleite eines Anleiheausgebers schützen. Diese Wetten auf einen Zahlungsausfall eines Staates können diesen im schlimmsten Fall aber herbeiführen. Das EP hat nun durchgesetzt, dass der Handel mit solchen Produkten drastisch eingeschränkt und nur mit Genehmigung der Wertpapieraufsicht möglich ist, freut



„Wetten“ auf Staatsschulden, wird künftig ein Riegel vorgeschoben

sich SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner. Die Sozialdemokraten wollten sogar ein Kompletterbot von Leerverkäufen; das verhinderten die Konservativen im EP.



Nichtstun ist keine Option

Die Macht der Rating-Agenturen – ihren negativen Einfluss auf Politik und Staat – kann man anhand einiger Länder Europas mitverfolgen. Damit Österreich weiterhin so gut dasteht, damit weiterhin die Politik und somit der Wählerwille den Weg Österreichs vorgibt, müssen wir von den Finanzmärkten möglichst unabhängig sein. Unter anderem bedeutet das: Das Budget durch Sparen und gerechte Einnahmen in Ordnung halten!

Aber was heißt es, Schulden zu haben? Es bedeutet beispielsweise, Staatenleihen an den internationalen Finanzmärkten auszugeben, um sich so frisches Geld zu besorgen. Jedoch muss dieses ausgeborgte Geld mit Zinsen zurückgezahlt werden. Somit wird der Schuldenrucksack automatisch von Jahr zu Jahr größer. Das muss gestoppt werden: Wir müssen unser Budget konsolidieren.

Ein gemeinsames Europa verlangt auch gemeinsame Spielregeln. Alle Regierungschefs haben sich beim EU-Gipfel am 26. Oktober auf eine europäische Schuldenbremse geeinigt. Auch Österreich hält mit der Schuldenbremse den internationalen Finanzmärkten ein Warnschild entgegen. Sie ist ein wichtiges Instrument, um die Handlungsfähigkeit des Staates weiterhin zu erhalten. Denn mit steigender Verschuldung, mit steigendem Defizit, steigt auch gleichzeitig die Macht der Rating-Agenturen über Österreich. Das Primat der Politik ist zu erhalten!

Eine Schuldenbremse steht für ein konsolidiertes Budget. Ein Budget, bei dem wir keine neuen Schulden aufnehmen. Damit in der Zukunft Geld für Bildung, Gesundheit und Pensionen vorhanden ist, brauchen wir einen starken Euro und wir brauchen klare Regeln für Finanzmärkte, damit diese nicht die Realwirtschaft zerstören. Und wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer!

Aber Veränderungen in diesem System – Regeln für Rating-Agenturen und Finanzmärkte – können wir dann am besten angehen, wenn wir möglichst unabhängig von ihrem Einfluss sind. Dazu müssen wir rechtzeitig intelligente Maßnahmen setzen. Denn sich heute nicht an den Konsolidierungsplan



Auch Österreich hält mit der Schuldenbremse den internationalen Finanzmärkten ein Warnschild entgegen.

„Denn wir wollen nicht nur das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit sein, sondern auch das Land mit der niedrigsten Verschuldung!“

vativen gepachtet wurde. Vor allem uns Sozialdemokraten ist es wichtig, verantwortungsvoll mit Steuergeldern umzugehen. Wir sind gegen Doppelgleisigkeiten und gegen aufgeblähte Verwaltungsapparate. Wichtig ist für uns, vor allem die Beschäftigung nicht zu gefährden. Die zentrale Frage bei der Konsolidierung bleibt die Gerechtigkeit. Es braucht aber auch neues Geld, zum Beispiel durch eine Millio-

närsteuer. Mit der Einführung einer Schuldenbremse setzt Österreich das Signal, dass unsere Zahlen und Daten gut sind und wir weiterhin zu den Besten in Europa gehören wollen.

◆

Unser Ziel muss sein, die Staatsschulden runter zu bekommen, um unabhängig von den Finanzmärkten agieren zu können. Denn wir wollen nicht nur das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit sein, sondern auch das Land mit der niedrigsten Verschuldung!

Fotolia



Ich freue mich über
Diskussionsbeiträge zum Thema auf
www.facebook.com/laurarudas.at

BUDGET

Bremse für die Staats

Mit der Schuldenbremse will die Regierung die hohe Bonität und wirtschaftliche Stärke Land unabhängiger von den Finanzmärkten machen. Ziel ist ein ausgeglichener Staats-

„Wir brauchen jetzt kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch: Es geht darum, dass wir klare Regeln für weniger Schulden brauchen und gleichzeitig besser regulierte Finanzmärkte.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Entscheidend ist, dass wir nicht nur das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit, sondern auch das Land mit höchster Bonität bleiben wollen“, erklärt Bundeskanzler Werner Faymann das Ziel der Schuldenbremse, auf die sich die Koalition geeinigt hat. Mit der neuen Regel für künftige Budgetdefizite gibt Österreich ein klares Signal, dass es den Schuldenabbau ernst nimmt und konsequent verfolgt.

Umgesetzt wird damit ein Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Gipfel der Euro-Länder Ende Oktober. Einige Euro-Länder haben schon eine Schuldenbremse, in anderen wird daran gearbeitet. „Damit untermauern wir unsere Absicht, die Budgetdefizite kontinuierlich zu senken. Wir schaffen damit eine höhere Verbindlichkeit für das Ziel, die Staatsschul-



Die Regierungspartner haben sich in der für Österreich so wichtigen Frage der Schuldenbremse und des Defizitabbaus rasch auf ein wirkungsvolles Modell geeinigt.

ZUM THEMA

Experten zur Schuldenbremse

OeNB-Gouverneur **Ewald Nowotny**:

„Die Schuldenbremse stellt einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Stabilität der Staatsfinanzen und einer gestärkten Glaubwürdigkeit der Fiskalpolitik dar.“

IHS-Chef **Bernhard Felderer** ist vom Regierungsbeschluss „sehr beeindruckt“. Die Regierung habe Handlungsfähigkeit demonstriert.

Auch WIFO-Budgetexpertin **Margit Schratzenstaller** beurteilt die Schuldenbremse positiv. Entscheidend sei, dass auch die Länder und Gemeinden einbezogen werden.

den zurückzuführen“, betont der Bundeskanzler. Die Schuldenbremse, wie sie die Regierung im Ministerrat beschlossen hat, entspricht dem deutschen Modell – entwickelt vom damaligen SPD-Finanzminister Peer Steinbrück und in Deutschland schon seit zwei Jahren in Kraft.

Neuverschuldung runter auf 0,35 Prozent

Die Eckpunkte der Schuldenbremse:

- » Bis 2017 gilt die EU-Vorgabe, dass das Defizit pro Jahr um 0,75 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) abgebaut werden muss.
- » Ab 2017 darf das strukturelle Defizit des Bundes nur mehr maximal 0,35 Prozent des BIP betragen – der Bund muss also de facto ausgeglichen bilanzieren. Diese Regel soll als Verfassungsgesetz

beschlossen werden. Auch die Länder müssen einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden haben.

- » Ausnahmen gibt es für Notsituationen wie Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen – dann kann auch eine einfache Mehrheit im Parlament von der Schuldenbremse abgehen. Das garantiert, dass der Staat auch in besonderen Krisensituationen handlungsfähig bleibt.
- » Für die gesamten Staatsschulden wird kein expliziter Wert in der Verfassung verankert. Politisches Ziel ist, die Staatsschulden auf 60 Prozent des BIP zu bringen.

Staat bleibt handlungsfähig

Entgegen dem Vorschlag des Finanzministeriums hat die SPÖ durchgesetzt,

schulden

Österreichs sichern und das Haushalt ab 2017.



HBF/Wenzel

die Zinsen für den Staat und damit wieder die Staatsschulden. Gerade in den letzten Wochen brachte die internationale Entwicklung hohe Nervosität auf den Finanzmärkten. Eine Mischung verschiedener Faktoren (Griechenland-Krise, Osteuropa, zuletzt Italien) hat auch ein Steigen der Zinsen für Staatsanleihen in vielen Ländern gebracht. Die Schuldenbremse ist so auch ein „Warnschild“, das Spekulanten von Österreich abhalten soll. „Wir sind dafür verantwortlich, in Zukunft nicht durch höhere Zinsen unsere Steuergelder auszugeben, sondern Finanzmittel freizumachen für so wichtige Bereiche wie Bildung und Beschäftigung“, so der Kanzler.

Sparen und gerechte Einnahmen

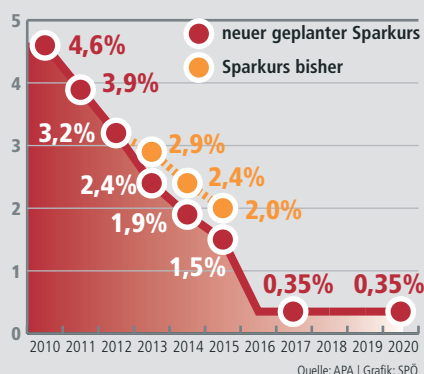
Gelingen soll das durch einen intelligenten Mix aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen. Neben strukturellen Einsparungen und Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsalters soll es auch Vermögenssteuern geben, betont Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Weiter auf der Agenda bleibt auch die Regulierung der Finanzmärkte. „Wir brauchen jetzt kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch: Es geht nicht um Schuldenbremse oder Finanzmarktregeln, wir brauchen beides“, stellt Bundeskanzler Faymann klar. Dazu gehört auch die Finanztransaktionssteuer. „Österreich wird sich weiter dafür einsetzen“, betont der Regierungschef. ♦

dass Krisenpakete auch mit einfacher Mehrheit im Parlament beschlossen werden können. Konjunkturpakete wie 2008/2009, die in der Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit bekämpft haben, sind so weiterhin möglich. Verhindert hat die SPÖ auch, dass ein Sparzwang mit einer automatischen Kürzung des Sozialbudgets eingeführt wird.

„Die Schuldenbremse bewirkt, dass bis 2020 durchschnittlich jährlich bis zu zwei Milliarden Euro an strukturellem Defizit abgebaut werden“, so Bundeskanzler Faymann. Mit soliden Staatsfinanzen wird der Handlungsspielraum für wichtige Zukunftsinvestitionen erhalten. Gleichzeitig soll die Abhängigkeit von den Finanzmärkten verringert werden. Denn wenn Österreich seine höchste Bonitätsstufe „Triple A“ wegen zu hoher Verschuldung verliert, steigen

Ziel: 0,35 Prozent Defizit

Angaben in Prozent des BIP



PRESESTIMMEN



„Triple A“

„Wie es anderen Ländern ergangen ist, die zu lasch agierten, hat man in der Eurozone zuhauf gesehen. Die Finanzmärkte sind in dieser unruhigen Zeit unbarmherzig. Davor ist auch Österreich nicht gefeit, auch wenn wir unter den 17 Euro-Mitgliedern derzeit noch einer von fünf verbliebenen Staaten mit Triple A-Rating sind.“

Alois Vahrner am 16. 11.



„Steuern auf Vermögen“

„Unsere Regierung hat endlich den Sparkurs ausgerufen. Sie hat das auffallend einig und rasch getan. (...) Deshalb ist es wichtig, neben dem Sparpaket auch – mit Augenmaß – die Steuern auf Vermögen anzuheben. (...) Die Regierung hat schon einmal gemeinsam viel weiter gebracht. Bei ihrem Start 2009. Auch damals drohte die Krise ...“

Wolfgang Fellner am 16. 11.



„Blaue Lachnummer“

„In Sachen Krise total absolutiert haben die Freiheitlichen. Die FPÖ sagt zwar „Ja zur Schuldenbremse“ – aber nur, wenn Österreich keinen Euro mehr in den EU-Rettungsschirm pumpt. Jörg Haider hat mit der Bank-Ruine Kärntner Hypo ein Pleiterisiko in zweistelliger Milliardenhöhe hinterlassen. Dafür müssen jetzt alle Österreicher haften. (...) Die FPÖ ist mit diesem „Ja, aber“ zur Schuldenbremse nur noch eine peinliche Lachnummer.“

Josef Votzi am 16. 11.



„Nicht zu spät“

„Die Regierungen der Eurozone mussten dem Druck der EU nachgeben, es war auch höchste Zeit dafür: Denn in der Vorwoche sind schon die Zinsen für Österreichs Staatsschuld angestiegen, das Triple A schien in Gefahr zu geraten. Es gibt keine Alternative zur Schuldenbremse. Sie kommt spät, aber nicht zu spät.“

Georg Wailand am 15. 11.

GANZTAGSSCHULEN

55.000 neue Betreuungsplätze kommen

Nächster Erfolg in der Bildungspolitik: Die Ganztagsbetreuung an unseren Schulen wird deutlich ausgebaut. Bis zum Schuljahr 2014/15 wird es insgesamt 210.000 hochwertige Betreuungsplätze geben.



Ringhofer

Betreuungsangebote bis mindestens 16 Uhr

Sichergestellt ist jetzt auch, dass schon ab 12 (bisher 15) angemeldeten Schülern Betreuungsgruppen gebildet werden können. Die Kinder können aus verschiedenen Klassen, Schulen, Schularten und sogar aus verschiedenen Gemeinden kommen. Außerdem wurde fixiert, dass Betreuungsangebote bis mindestens 16 Uhr gegeben sein müssen – bei Bedarf auch an schulfreien Tagen. Weiteres Plus: Für beste Freizeitbetreuung werden in Zukunft auch Freizeitpädagoginnen und -pädagogen sorgen. Ihre Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen ist bereits angelaufen. ♦

Mehr Förderung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Vom Ausbau der schulischen Tagesbetreuung profitieren unsere Kinder genauso wie die Eltern. Mehr Infos unter: www.bmukk.gv.at/tagesbetreuung

Stillstand – wie er von manchen Medien gern heraufbeschworen wird – sieht anders aus. Tatsächlich reiht sich in der Bildungspolitik ein Erfolg an den anderen: Auf die gerade eben fixierte Übernahme der Neuen Mittelschule ins Regelschulwesen folgt jetzt der nächste bildungspolitische Meilenstein: Die schulische Tagesbetreuung wird ausgebaut – und das in großem Stil. Bildungsministerin Claudia Schmied dazu: „Mein Ziel ist es, an den öffentlichen Schulen ein attraktives Angebot an schulischer Tagesbetreuung zu schaffen.“ Dafür ist jetzt gesorgt, denn die Regierung stellt für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen – ein wichtiger Eckpfeiler des Bildungsvolksbegehrens – insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird das Angebot qualitativ hochwertiger Tagesbetreuung von derzeit 105.000 auf 160.000 Plätze angehoben.

Zu den 105.000 Plätzen kommen 50.000 Plätze in Horten – ab 2014/15 gibt es damit 210.000 Plätze in schulischer Tagesbetreuung. „Wenn die Eltern Bedarf anmelden, ist dafür gesorgt, dass ein hochwertiges Angebot zur Verfügung steht“, stellt Schmied klar.

Viele Vorteile

Ganztägige Schulangebote bieten zahlreiche Vorteile: Unsere Schülerinnen und Schüler werden bestmöglich gefördert, und das führt zu mehr Chancengerechtigkeit und Bildungsqualität. Mehr schulische Tagesbetreuung erleichtert den Eltern außerdem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer freut sich über die Ausbauoffensive: „Damit wird für beste Bildung und beste Betreuung unserer Kinder gesorgt.“

ZUM THEMA

Bildungsvolksbegehren Fast 400.000 Unterstützer

Beachtenswerter Erfolg für das von Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren: 383.820 Menschen haben mit ihrer Unterschrift ihre Unterstützung für Bildungsreformen deutlich zum Ausdruck gebracht.

Damit ist klar: Das Bildungsvolksbegehren wird im Parlament behandelt. Es soll einen eigens eingerichteten Ausschuss und Hearings geben. „Wir werden die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens sehr ernst nehmen und den Anliegen der Unterstützer im Parlament breitest möglichen Raum bieten“, bekräftigt SPÖ-Klubobmann Josef Cap.

Bisher wurden in Österreich 35 Volksbegehren durchgeführt. Das Volksbegehren von Hannes Androsch ist das erfolgreichste der bisher vier Volksbegehren zum Thema Bildung. Mehr Infos unter www.nichtsitzenbleiben.at/

PENSIONEN

„Alleinverdienerabsetzbetrag zurückerobert“

Die Pensionen werden um 2,7 Prozent erhöht und der Alleinverdienerabsetzbetrag für Pensionen bis 1.750 Euro ausgeweitet.

„Mit der Pensionsanpassung für das kommende Jahr zeigen wir unseren Respekt für alle Pensionistinnen und Pensionisten.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bis spätabends wurde unter der bewährten Vorsitzführung von Pensionistenverbands- und Seniorenrats-Präsident Karl Blecha verhandelt. Dann haben sich die Regierungsmitglieder mit den Seniorenvertretern geeinigt: Ab 1. Jänner gibt es 2,7 Prozent mehr für Pensionen bis zu 3.300 Euro brutto. Das betrifft 2,4 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten. Damit ist für 100 Prozent aller Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung ASVG die volle Anpassung gegeben. Auch nahezu 90 Prozent aller Beamtenpensionisten erhalten die volle Inflation abgegolten. Bei höheren Pensionen fällt die Erhöhung schwächer aus, ab 5.940 Euro sind es nur mehr 1,5 Prozent mehr. Diese Anpassung schlägt sich im Bundesbudget 2012 mit 1.021 Mio. Euro zu Buche.

„Mit der Pensionsanpassung für das kommende Jahr zeigen wir unseren Respekt für alle Pensionistinnen und Pensionisten“, resümiert Bundeskanzler Werner Faymann nach den Verhandlungen.

„Größter Erfolg“

Als größten Erfolg bei den Verhandlungen verbucht Blecha, dass der Alleinverdienerabsetzbetrag für Paare, die keine Kinder (mehr) betreuen, für den überwiegenden Teil der von der Streichung betroffenen Pensionisten „zurückerobert“ werden konnte. Und zwar bis zu einer Pensionshöhe von 1.750 Euro. Derzeit beträgt die Bruttoeinkommens-Grenze, bis zu der man den Alleinverdienerabsetzbetrag geltend machen kann, 1.155 Euro monatlich.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter erklärt in dem Zusammenhang, dass „die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung damit eine ganz wichtige sozialpolitische Lücke schließen konnte“.

Faymann betont auch die konstruktive Zusammenarbeit bei den Verhandlungen:

HBF/Wenzel



Das konstruktive Verhandlungsklima machte eine rasche Einigung möglich (die Seniorenvertreter Andreas Kohl und Karl Blecha mit den Regierungsvertretern im Bundeskanzleramt).

„Die Regierung hat von Anfang an gesagt, dass die Inflationsrate von 2,7 Prozent abgedeckt wird. Die Pensionistenvertreter haben das ernst genommen.“ Zudem sei es durch die Staffelung bis 1,5 Prozent für höhere Pensionen möglich geworden, die Grenze für den Alleinverdienerabsetzbetrag anzuheben. Auch für Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist die erzielte Einigung unter einem verstärkten Spardruck „ein vertretbarer Abschluss“. Schließlich gibt es rund eine Million Pensionistinnen und Pensionisten, deren Pension maximal 1.000 Euro beträgt. Die teilweise Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrages ist mit den Sparzielen vereinbar, da diese Maßnahme „aus dem System heraus finanziert wurde“.

FPÖ hat gegen Pensionisten gestimmt

Entlarvend ist, dass FPÖ und FPÖ gegen die teilweise Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Pensionisten

gestimmt haben – obwohl die Wiedereinführung durch die geringere Pensionserhöhung bei den Beamtenpensionen finanziert ist. SPÖ-Seniorensprecher Erwin Kaipel resümiert: „Geht es darum, gegen Regierungsmaßnahmen – und sind sie auch noch so sinnvoll – zu opponieren, scheut sich die FPÖ nicht vor einem krassen Umkehrschwung.“ Bis vor kurzem hatte die FPÖ gegen die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrags gewettet. ♦

ZUM THEMA

Ab 1. Jänner 2012 gilt:

- ▶ 2,7 Prozent Pensionserhöhung bis 3.300 Euro brutto
- ▶ Bei Pension von 3.301 - 5.940 Euro gibt es Einschleifregelung von 2,7 - 1,5 Prozent
- ▶ Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Pensionen bis 1.750 Euro

ÖFFENTLICHER DIENST

Die Verwaltung der Zukunft? Gestalte mit!

Beamtenministerin Gabi Heinisch-Hosek hat den „Reformdialog Österreich“ gestartet. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei mitreden, wie der Öffentliche Dienst in Zukunft aussehen soll.



Strol

„Den öffentlichen Dienst zukunftsfit machen.“

**Beamtenministerin
Gabi Heinisch-Hosek**

bis 30 Jahren aussehen soll. Herausgekommen sind sieben Thesen und 50 Empfehlungen, die Ministerin Heinisch-Hosek nun auf den Prüfstand stellt: „Das Reformpapier geht nun auf die Reise durch alle Bundesländer. Es wird auf Praxistauglichkeit getestet und die darin enthaltenen Thesen und Empfehlungen müssen diskutiert werden.“ Wichtig für die Ministerin: Nicht nur Politik, Gewerkschaften, Expertinnen und Experten und

Menschen aus der Praxis der Verwaltung sollen ihre Ideen und Erfahrungen einbringen, auch die Bürgerinnen und Bürger sollen mitmachen. Zwei Monate – ab Ende

November – haben sie die Möglichkeit, im Internet zu bewerten, welche der präsentierten Empfehlungen relevant sind und diese nach Priorität gewichten.

Ein Jahr lang soll der Diskussionsprozess dauern, „in einem Jahr hätte ich gerne bereits einige Dinge in Umsetzung“, so Heinisch-Hosek. ♦

WEBTIPP



Auf www.reformdialog.at wird eine Übersicht über den Reformprozess gezeigt und ab Ende November auch die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung möglich sein.

Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft haben zehn Monate an Vorschlägen gearbeitet, wie die öffentliche Verwaltung in 20

LANDWIRTSCHAFT

SPÖ unterstützt „Die Landgestalter“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter unterstützt die Initiative „Die Landgestalter“ – ein Verein, der neue Wege in der Entwicklung des ländlichen Raums gehen will.

Die „Landgestalter“ verfolgen eine ganzheitliche Offensive im Interesse der Bevölkerung im ländlichen Raum. Auf europäischer Ebene stehen mit dem nächsten Agrarbudget große Umwälzungen in der Agrarpolitik bevor. „Österreich braucht dringend eine Besin-

nung auf traditionelle Stärken, aber auch neue Impulse und kreative Konzepte“, so Kräuter. Der überparteiliche Verein „Die Landgestalter“ will solche neuen Wege gehen. Die Landgestalter wollen eine gerechte Strategie für den ländlichen Raum entwickeln. Nicht reine Agrarpolitik, sondern das Leben aller Menschen, die im gesamten ländlichen Lebensraum wohnen und arbeiten, steht im Mittelpunkt der Arbeit. Ein Beispiel für die Aktivitäten der „Landgestalter“ ist das Projekt „Aqua Regio“ für die Obersteiermark. Durch Information und arbeitsplatznahe Qualifizierung sollen Bewohner der Region in den regionalen Arbeitsmarkt integriert wer-

den, damit es einen Ausweg aus der Entscheidung Abwanderung oder Arbeitslosigkeit gibt. ♦



Zimmer

Neue Konzepte für den ländlichen Raum auch abseits der traditionellen Agrarpolitik fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

WEBTIPP

Auf www.dielandgestalter.at finden sich alle Infos zum Verein, Projekte und Möglichkeiten zum Mitmachen. „Werden Sie Landgestalter und bringen Sie Ihre Ideen ein.“

Sachbuch

Handbuch gegen Vorurteile

Das Buch liefert gut recherchierte Argumente gegen diverse Vorurteile wie „im Dritten Reich gab es keine Arbeitslosigkeit“, „die EU ist undemokratisch“, oder „Ausländer nützen den Sozialstaat aus“.

Ausländerpolitik, Islam, EU und Nationalsozialismus. Zu diesen Themen hat jeder eine Meinung. Zu diesen Themen haben aber auch Vorurteile Konjunktur: Oft ist man sprachlos ob der geäußerten Meinungen, hat aber objektive Daten und Fakten nicht zur Hand. Dem Leser des vorliegenden Handbuchs gegen Vorurteile wird das nicht mehr passieren.

Nina Horaczek und Sebastian Wiese untersuchen mehr als 50 gängige Vorurteile und Geschichtsverharmlosungen auf ihren Wahrheitsgehalt. Das Ergebnis umfangreicher Recherchen ist eine umfassende und objektive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Vorurteilen, die zahlreiche Überraschungen und brauchbare Fakten für die politische Diskussion bietet. ♦

Politik

Zug um Zug

Ehrlich, glaubwürdig, zuverlässig: Helmut Schmidt und Peer Steinbrück im Gespräch.

Sie zählen zu den bedeutendsten Politikern ihrer Generation und sie verbindet eine langjährige Freundschaft. Obwohl fast dreißig Jahre zwischen Helmut Schmidt und Peer Steinbrück liegen, werden die beiden oft in einem Atemzug genannt – Elder Statesman und moralische Instanz der eine, spätestens seit der Finanzkrise Garant für politische Geradlinigkeit der andere: Hier tauschen sie sich aus zu den großen politischen Themen unserer Zeit. Ob sie über die Risse im Fundament unserer Gesellschaft

reden oder über die Ignoranz von Funktionseliten, ob sie die Verschiebung der globalen ökonomischen Gewichte Europas diskutieren oder die verheerenden Auswüchse des weltweiten Raubtierkapitalismus: Immer wieder geht es um die Ausgangsfrage, wie Demokratie und Sozialstaat auch in Zukunft gewahrt werden können und die wachsende Kluft zwischen Regierenden und Regierten geschlossen werden kann. Schmidt und Steinbrück kommen zur Sache – gezielt, ohne Politjargon, Zug um Zug. ♦

Arabischer Raum

Der Aufstand

Erst in Tunesien, dann in Ägypten – in immer mehr Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas haben die Menschen begonnen, ihr politisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Wir erleben eine Zeitenwende in der arabischen Welt, einen politischen Bruch. Eine neue Generation meldet sich zu Wort, die Verhältnisse zwischen den Staaten ordnen sich neu. Die Forderungen der Bürger in den Staaten der arabischen Welt sind sehr ähnlich: Würde, Freiheit, demokratische Beteiligung und ein Ende von Korruption und Unterdrückung. Und überall sind die Proteste vor allem von der jungen Generation getragen. Allerdings unterscheiden sich die

einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer politischen Traditionen und Systeme sowie ihrer wirtschaftlichen Macht. Das Spektrum der Ereignisse reicht daher von Reformversuchen von oben und relativ raschen Machtwechseln über die blutige Unterdrückung friedlicher Proteste bis hin zum Bürgerkrieg. Volker Perthes analysiert die Vielgestaltigkeit des Aufbruchs der arabischen Welt und fragt auch nach den Folgen für die deutsche und europäische Politik. ♦



..... Stk.



Nina Horaczek, Sebastian Wiese:
Handbuch gegen Vorurteile.
Czernin Verlag, 2011
200 S., 24,90 Euro



..... Stk.



Schmidt, Steinbrück:
Zug um Zug.
Hoffmann u. Campe, Hamburg
2011, 315 S., 25,70 Euro



..... Stk.



Volker Perthes:
Der Aufstand – Die arabische Revolution und ihre Folgen.
Panthleon, München 2011
224 S., 13,40 Euro

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

BUCHPRÄSENTATION

Wer bezahlt für die Krise?

Full House im Sitzungssaal des SPÖ-Parlamentsklubs anlässlich der Buchpräsentation von „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ vom Wirtschaftswissenschaftler Markus Marterbauer.



Der SPÖ-Klub lud zur Buchpräsentation und Podiumsdiskussion (Markus Marterbauer und Jan Krainer).

Marterbauer fordert von der Politik, die Banken- und Finanzmärkte streng zu regulieren und dringend zu verkleinern. Die Ursachen der Schuldenkrise sieht Marterbauer eindeutig in der Finanzmarktkrise und ursprünglich in der politischen Deregulierung. Deshalb hat Europa bisher bereits 400 Milliarden Euro für die Rettung des Bankensektors ausgeben müssen und deshalb stehen einige Länder nun vor einer Staatsschuldenkrise. Jetzt, so Marter-

bauer, ist es nötig, die Kontrolle zurückzugewinnen, die Finanzmärkte richtig zu besteuern und die Finanztransaktionssteuer einzuführen. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer rief bei der Podiumsdiskussion dazu auf, Steuergerechtigkeit zwischen dem Faktor Arbeit und dem Faktor Kapital herzustellen. „Der Faktor Arbeit ist in Österreich zu hoch belastet, der Faktor Kapital zu niedrig“, kritisierte er.

So würden zwar 60 Prozent der Einkommen durch Arbeit verdient und 40 Prozent durch Kapital; trotzdem trägt dieses Kapital durch Steuern und Abgaben nur zehn Prozent zur Staatsfinanzierung bei, Arbeit jedoch zu 90 Prozent. Weiters liegt die steuerliche Belastung von Arbeit bei etwa 40 Prozent, Kapital und Vermögen wird dagegen mit weniger als 25 Prozent versteuert. Bei Immobilienspekulation oder Umwidmungen wird noch weniger bis gar nichts an Abgaben bezahlt.

Sachleistungen vor Geldleistungen

Sowohl Marterbauer als auch Krainer fordern außerdem die Stärkung von staatlichen Sach- vor Geldleistungen. Als Beispiel nannte Krainer das Ziel, dass alle Menschen in Österreich so viele Kinder kriegen sollten wie diese wünschten. Dieses Ziel sei mit den gestiegenen Transferleistungen überhaupt nicht erreicht worden. „Viel Geld ging in monetäre Leistungen, wenig in Dienstleistungen wie Kinderbetreuung“, so Krainer. Erfolgreiche Länder hätten Kinderbetreuungsplätze ausgebaut und die Väterbeteiligung gestärkt. „Wir wollen mehr Dienstleistungen, weniger Transferleistungen. Sie sind zielgerichteter, bringen mehr Erfolg und sorgen für mehr Beschäftigung“, legte der SPÖ-Finanzsprecher dar. ♦

WEBTIPP

Markus Marterbauer:
„Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“, Deuticke; 18,40 Euro
Per Mail: buchhandlung@spoe.at

INTERNATIONALES

Politischer Dialog mit EU-Kommissar

Der Vizepräsident der EU-Kommission Maros Sefcovic besuchte das Parlament in Wien.

Maros Sefcovic ist als EU-Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung zuständig. Sein Besuch in Wien diente dem politischen Dialog mit Mandatarinnen und Mandataren, an dem unter anderen die Abgeordneten Christine Muttonen, Kai Jan Krainer, Petra Bayr und Micheal Schickhofer teilnahmen.

Einen Großteil seiner Ausführungen widmete Sefcovic den aktuellen Entwicklungen rund um die Griechenland-Krise und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Euro-Zone. Zu lange hat es gedauert, bis die EU auf die Probleme

in Griechenland reagiert hat. Die Kommission halte es daher für wichtig, die wirtschafts- und haushaltspolitische Koordinierung und Überwachung der budgetären Verpflichtungen noch weiter auszubauen. Auch die Diskussion über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die natürlich auf globaler Ebene wünschenswert wäre, werde sicher fortgesetzt, sagte Sefcovic. ♦



Im Zentrum der Aussprache mit dem EU-Kommissar stand die Krise der Euro-Zone (Schickhofer, Muttonen, Sefcovic, Bayr).



WOHNEN

SPÖ für ein einheitliches Mietrecht

SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher macht sich für eine Weiterentwicklung des Mietrechtsgesetzes stark.



Wohnen ist ein Grundrecht: Ein einheitliches Mietrecht darf daher keinesfalls zu einer Nivellierung nach unten führen.

Das unter der SPÖ-Alleinregierung 1981 beschlossene Mietrechtsgesetz war sicher ein wichtiger Eckpunkt im Kampf für leistbaren Wohnraum für einen Großteil der Bevölkerung. Heute ist es aber notwendig, das Mietrechtsgesetz zeitgemäß weiterzuentwickeln“, sagt die SPÖ-

Wohnrechts und insbesondere des Mietrechtsgesetzes (MRG) mit seinen Voll- und Teilanwendungsbereichen sowie den Vollausnahmebereich, für den das MRG überhaupt nicht gilt, zu sehen. „Ich orte derzeit von allen Seiten ein erhöhtes Interesse daran, diese widersinnige Zersplitterung

Weingartner



SPÖ

„Die SPÖ tritt schon seit längerem für ein einheitliches Mietrecht ein und unterstützt alle Bestrebungen in diese Richtung.“

SPÖ-Wohnbausprecherin Ruth Becher

Wohnbausprecherin Ruth Becher.

Als größtes Problem im Wohnungswesen ist die enorme Zersplitterung des

des MRG zu überwinden und ein einheitliches Mietrecht für alle Mieter zu schaffen. Die SPÖ tritt schon seit längerem für ein einheitliches Mietrecht ein und unterstützt alle Bestrebungen in diese Richtung“, sagt Becher, betont aber gleichzeitig: „Ganz sicher kann und wird es nicht so sein, dass ein einheitliches Mietrecht für alle Mietverhältnisse eine Mieterhöhung für den überwiegenden Teil der Mieterinnen und Mieter mit sich bringt.“

Wünschenswert wäre für Becher aber auch eine transparente Gestaltung von Zu- und Abschlägen bei Richtwertmietverhältnissen sowie die Einführung einer 25-prozentigen Obergrenze für Zuschläge. ♦

ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE

Direktvergaben weiterhin möglich

Die Regierung verlängert die Möglichkeit von Direktvergaben öffentlicher Aufträge an regionale Unternehmen.

Die Regierung hat die Verlängerung der Schwellenwertverordnung bis Ende 2012 beschlossen. Das heißt, dass somit die Direktvergabe öffentlicher Bauaufträge bis zu einer Million Euro an regionale Unternehmen weiterhin möglich ist. Damit werden nicht nur heimische Unternehmen, sondern auch heimische Arbeitsplätze und die Kaufkraft gesichert. Nationalratsabgeordneter Josef Muchitsch begrüßt die Maßnahme als



SPÖ Klub

„ein wichtiges und mutiges Zeichen der Bundesregierung mit Kanzler Werner Faymann“. ♦

Baufträge unterstützen die Wirtschaft in schwierigen Zeiten (Bundeskanzler Werner Faymann und Baugewerkschafter NR-Abg. Josef Muchitsch).

LANDWIRTSCHAFT

Bitte kein Antibiotika-Schnitzer!

Die SPÖ will eine stärkere Kontrolle der Tierzucht-Betriebe nach Arzneimittelnrückständen in Futtermitteln.

Den Einsatz von Antibiotika in der Tierfütterung thematisiert der burgenländische SPÖ-Abgeordnete Erwin Preiner in einer parlamentarischen Anfrage an Landwirtschaftsminister Berlakovich: „Der zu häufige und falsche Gebrauch von Medikamenten in der Tierzucht erhöht das Risiko von Antibiotika-Resistenzen.“ Und das nicht nur bei den Tieren, sondern auch beim Menschen. Denn die in der Tierzucht verabreichten Me-



Fotolia

dikamente und deren Abbauprodukte gelangen über Ausscheidungsprodukte in die Umwelt und in das Grundwasser. ♦

So manches Schweinchen wurde mit Futtermitteln groß, die Antibiotika-Zusatz enthalten.

VOLKSHILFE

Unsere Armut, unsere Hilfe



Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, dennoch sind viele Menschen armutsgefährdet. Die Volkshilfe sammelt wieder für Menschen in akuten Notsituationen.

Diese Woche startete die neue Volkshilfe-Kampagne gegen Armut in Österreich. Landesweit macht die Volkshilfe mit TV- und Hörfunk-Spots sowie Plakaten, Postern und Inseraten auf die Armut in Österreich aufmerksam. Der große Volkshilfe-Benefizabend mit Margit Fischer am 31. Mai 2012 wird der Höhepunkt und der Abschluss der neuen Kampagne sein. Die Volkshilfe wartet auch mit konkreten Forderungen auf:

- » Ein sozial gerechtes Steuersystem mit Entlastung des Faktors Arbeit und Belastung von Vermögen
- » Eine Schule, die sozialen Benachteiligungen entgegen wirkt, mit gemeinsamem Unterricht bis 14 Jahre und flächendeckender Ganztagschule



Bundeskonferenz der Volkshilfe: Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas mit dem Volkshilfe-Präsidenten Weidenholzer und Bundesgeschäftsführer Erich Fenninger

» Eine qualitätsvolle Arbeitsmarktpolitik, Rechtsanspruch auf Weiterbildung und beschäftigungsfördernde Maßnahmen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit

» Ausbau sozialer Dienstleistungen, die unabhängig von Herkunft, Einkommen und sozialen Status allen zugänglich sind

Teil der Kampagne werden

Wer sich auch zum Sprachrohr gegen Armut machen will, kann sich für die Sache einbringen und im beruflichen und privaten Umfeld auf die Kampagne

„Armut made in Austria“ aufmerksam machen. Der Volkshilfe-Banner kann auf privaten Internet-Seiten verwendet werden, in Blogs, in Newsletter, E-Mail-Signaturen sowie auf Facebook. Die gesamten Kampagnenmaterialien gibt es im „Download-Center“ von www.volkshilfe.at und sollten auf die neue Spendenplattform www.armut-madeinaustria.at verlinkt werden. Mit den Spenden unterstützt die Volkshilfe kranke, benachteiligte oder behinderte Kinder, allein erziehende Mütter und Väter sowie kinderreiche Familien in Österreich, die akut von Armut betroffen sind. Jetzt spenden!

Lehmann

SALZBURG

Sicherung der Pflege auf hohem Niveau



Landeshauptfrau Gabi Burgstaller unterstützt Pflege-schulungen. Die Kurskosten werden ersetzt. Und für den Start eines Pflege-Kurses im Pinzgau gibt es zusätzliche Investitionen.

Das Land braucht Pflegekräfte. Mit einem Maßnahmen-Mix und einer gemeinsamen Anstrengung der ressortzuständigen Regierungsmitglieder Gabi Burgstaller, David Brenner und Cornelia Schmidjell will das Land Salzburg den Bedarf an Pflegekräften decken. Näch-

ster Schritt dazu: Lehrgangsteilnehmer, die sich im berufsbegleitenden Lehrgang zum Diplompfleger aufschulen lassen, bekommen die Kurskosten in Höhe von 7.350 Euro zur Gänze ersetzt. 290.000 Euro werden darüber hinaus investiert, um einen weiteren Aufschulungskurs im Süden des Bundeslandes ab Herbst 2012 zu starten. „Wenn Menschen alt und krank werden, ist es wichtig, dass die Gemeinschaft für sie da ist und insbesondere den Schwächeren tatkräftig hilft“, sagt SPÖ-Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer.



SPÖ-Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer: „Die SPÖ-geführte Landesregierung hat die Herausforderungen im Pflegebereich rechtzeitig erkannt.“

SPÖ

WIEN

Ein Jahr Rot-Grün



Rot-Grün feiert ersten Geburtstag. Die Zusammenarbeit hat sich als überaus erfolgreich erwiesen – und als „gut für Wien“. Wir gratulieren herzlich zu dem Jubiläum!

Die gemeinsame Arbeit der rot-grünen Koalition ist von gegenseitigem Respekt, sachlicher und inhaltlicher Arbeit und dem gemeinsamen Willen, das rot-grüne Projekt zu einem vollen Erfolg werden zu lassen, geprägt. „Ob Bildung, Soziales oder die klare Positionierung gegenüber jenen Kräften, die nur Hass schüren und keine Lösungen anbieten – die Bevölkerung weiß, dass der Wiener Weg für Stabilität, Verlässlichkeit, für das Miteinander und Zukunftsorientierung steht“, betonte der Landespartei sekretär der SPÖ Wien, Christian Deutsch.



Bürgermeister Michael Häupl feiert ein Jahr Rot-Grün:
„Mit den Grünen funktioniert's sehr gut!“



FPÖ entzaubert

Die Schreckensszenarien, die die FPÖ zu Beginn der rot-grünen Zusammenarbeit an die Wand malte, haben sich einmal mehr als völlig haltlose Propaganda entpuppt. Denn die Menschen in Wien sind mit der guten Arbeit

überaus zufrieden und lassen sich keine Schreckgespenster verkaufen. Damit ist einmal mehr bewiesen, die FPÖ sei „eine vom Opportunismus getriebene, menschenverachtende und rein destruktive Partei“, sagt Deutsch.

Lösungsorientiert und modern

Rot-Grün bedeutet für Wien „aktive, lösungsorientierte Politik“, betont Deutsch. Das wird von der Bevölkerung auch erwartet. Während sich Parteien wie die FPÖ durch „Blockadepolitik, Wadelbeißerei oder womöglich Hetze“ auszeichnen, arbeitet die SPÖ mit Bürgermeister Michael Häupl an einem modernen, zukunftsorientierten und weltoffenen Wien. ♦

KÄRNTEN

Landeskonferenz und Kommunalpolitische Leitlinien



Rund 300 Delegierte der SPÖ Kärnten beschlossen neue Kommunalpolitische Leitlinien.

„Das ist ein unübersehbares Signal: Die SPÖ gewinnt mehr und mehr an Vertrauen“, freut sich der Kärntner SPÖ-Vorsitzende, LH-Stv. Peter Kaiser über das Ergebnis der Personalvertretungswahlen in Kärnten. Dabei erreichten die beiden FSG-Listen 80 Prozent der Stimmen und 14 der insgesamt 17 Mandate. Die freiheitliche AUF kommt auf zwei Mandate (bisher drei) und die Christgewerkschafter auf eines (bisher zwei). Für Kaiser ist die überwältigende Zustimmung für die sozialdemokratischen Gewerkschafter auch Bestätigung und zusätzliche Motivation für den Weg, den die SPÖ-Kärnten unter seiner Vorsitzführung eingeschlagen hat. ♦



SPÖ Kin

SPÖ-Vorsitzender LH-Stv. Peter Kaiser, Landesrätin Beate Prettnauer und Gastreferent Achim Möller.

BSA

Trockenlegen der Korruptionssümpfe



Wie ist in Österreich eine Politik der sauberen Hände zu verwirklichen? Das war die Frage einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion des BSA, an der auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter teilnahm.

82 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen nehmen laut einer aktuellen Studie an, dass die Korruption in unserem Land zunimmt. Besonders ÖVP, FPÖ und FPK gelten als belastet. Kräuter sieht daher dringenden Handlungsbedarf. „Die Bevölkerung erwartet vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss sachliche Arbeit und konkrete Ergebnisse. Ein taktisches parteipolitisches Geplänkel wäre fatal und für die Politik insgesamt von großem Schaden. Die SPÖ wird jedenfalls ihren Beitrag leisten um die politische Verantwortung für die Skandalserie herauszuarbeiten“, sagt Kräuter. ♦



Novotny

NEWS-Chefredakteur Kurt Kuch, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, Maximilian Eberl und Politikberater Feri Thierry diskutieren zum Thema „Das Trockenlegen der Sümpfe und sauren Wiesen – Wie ist in Österreich eine Politik der sauberen Hände zu verwirklichen?“



QUERGESCHRIEBEN

Die Zukunft unseres Pensionssystems

Die Zukunft kann man nicht erforschen, weil es sie noch nicht gibt. Es können aber Trends in der Gegenwart identifiziert und Annahmen für die künftige Entwicklung daraus abgeleitet werden.



„Das Pensionssystem kann – unter bestimmten Bedingungen – auch in Zukunft nicht nur Armut unter den Älteren verhindern, sondern auch in gewissem Umfang den Lebensstandard sichern.“

Grund der erhöhten Lebenserwartung steigt. Trotzdem kann das Pensionssystem auch in Zukunft nicht nur Armut unter den Älteren verhindern, sondern auch in gewissem Umfang den Lebensstandard sichern, wenn folgende Bedingungen eintreten:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung muss von einer Erhöhung der Produktivität und von Wachstum gekennzeichnet sein.
2. Dieses Wachstum muss höhere Steuer- und Beitragseinnahmen ermöglichen, durch die steigende Pensionsausgaben finanziert werden können.
3. Die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zwischen 18 und 65 muss steigen, vor allem bei den Frauen und den Älteren.
4. Das faktische Pensionsantrittsalter muss steigen, ohne dass dadurch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei Älteren oder Jüngeren bewirkt wird.

5. Durch eine kontrollierte Zuwanderung etwa im Ausmaß des letzten Jahrzehnts muss sichergestellt werden, dass die Zahl der Beitragszahler auch in Zukunft leicht steigt, oder zumindest stabil bleibt.
6. Die jährliche Erhöhung der Pensionen darf nur die allgemeine Inflation abgelenken. Die Durchschnittspensionen steigen ohnehin, weil die neuen Leistungen höher sind als diejenigen, die wegfallen.
7. Das Leistungsrecht darf nicht teurer werden als bisher. Es darf nur zu Umschichtungen aus sozialen Gesichtspunkten kommen.
8. Es muss die politische Willensbildung geben, dass der Anteil des Bundes an der Finanzierung maßvoll höher wird.
9. Die langfristig kostendämpfenden, schon beschlossenen Maßnahmen bei den Beamtenpensionen müssen rasch umgesetzt werden. Denn in der Gesamtbilanz verursachen hohe Pensionen mehr Finanzierungsprobleme.

Bernhard Schwarz leitet die Kommission zur langfristigen Pensionssicherung. Schwarz war stv. Direktor der Arbeiterkammer Wien, von 1997 – 1999 Leiter des Ministerbüros des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und ist seit 2000 bei der Bank Austria Creditanstalt tätig, Ressort Human Resources. Seit 1993 hat er Lehraufträge am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Wirtschaftsuniversität Wien.

Aufgrund der höheren Lebenserwartung kann auch von einer Erhöhung der Aufwendungen für die Pensionen in den nächsten Jahrzehnten ausgegangen werden.

In vielen Prognosen beinhalten diese Ableitungen zu einem erheblichen Teil politische Wünsche und Forderungen, mit denen das Verhalten von Menschen beeinflusst werden soll. Mit Prognosen über die künftige Entwicklung des Pensionssystems ist es nicht viel anders.

Faktum ist, dass auf Grund derzeitiger Trends von einer Erhöhung der Aufwendungen für die Pensionen in den nächsten Jahrzehnten ausgegangen werden muss, weil die Zahl der Pensionisten und die durchschnittliche Dauer des Pensionsbezugs auf

Auf www.oe2020.at starten wir eine weitere Diskussion zum „Thema des Monats“, diesmal im Zusammenhang mit dem Bildungsvolksbegehren. Uns interessiert, welche der Reformvorhaben im Bildungssystem aus Ihrer Sicht am wichtigsten sind und daher als erstes umgesetzt werden sollten. Auch persönliche Wünsche an die

Bildungspolitik in Österreich und auf europäischer Ebene können gepostet und diskutiert werden.

Es gab zuletzt Beiträge im Meinungsforum zum Thema Kommunen und Bürgerbeteiligung. Demnächst werden Projekte zu aktiver Bürgerbeteiligung auf Ebene der Kommunen – der Städten und Gemeinden – im Rahmen

von Ö2020 gemeinsam mit und von den Proponenten vorgestellt werden. Durch verschiedene „Instrumente“ sollen neue Formen der Partizipation Bürgerinnen und Bürger von Beginn an in die Politikformulierung, -entwicklung und -implementierung einbinden. Also: demokratische Politik als gemeinsame Sache des sozialen Lebens.

- ☒ **Spielerschutz**
- ☒ **Verantwortung**
- ☒ **Verlässlichkeit**
- ☒ **Nachhaltigkeit**

Ein Gewinn für die Zukunft!

Corporate Social Responsibility. Vom Spielerschutz über den schonenden Umgang mit Ressourcen bis hin zur Unterstützung zahlreicher Organisationen und Projekte im Interesse der Allgemeinheit: Die Österreichischen Lotterien leben Nachhaltigkeit seit ihrer Gründung vor fast 25 Jahren. Aus Überzeugung. Für Mensch und Umwelt.

Gut für Österreich.



österreichische
LOTTERIEN



Arbeits-Gespräch

Bundeskanzler Werner Faymann hat vor kurzem Liechtensteins Regierungschef Klaus Tschütscher zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt empfangen. Thema des Gesprächs war u.a. die wirtschaftliche Lage in Europa.

Preis-Verleihung

Bildungsministerin Claudia Schmied (im Bild mit Preisträger Univ. Prof. Werner Lenz und Juryvorsitzender Anneliese Heilinger) hat die Österreichischen Staatspreise für Erwachsenenbildung 2011 verliehen. Ausgezeichnet wurden 61 Preisträgerinnen und Preisträger für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Erwachsenenbildung.



Europa-Diskussion

Hannes Swoboda, Vizepräsident der S&D-Fraktion im EU-Parlament, hat vor kurzem mit Schriftsteller Robert Menasse bei einer Matinee über die Zukunft Europas diskutiert. Mit dabei: Die Vizepräsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Hilde Hawlicek und Journalistin Andrea Schurian.

Friedens-Mission

Verteidigungsminister Norbert Darabos und Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl haben kürzlich österreichische Soldatinnen und Soldaten verabschiedet, die demnächst ihren Friedenseinsatz im Libanon beginnen.

